

4653/AB XX.GP

BEANTWORTUNG

der Anfrage der Abgeordneten Steibl u.a.
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend
Anzahl der Notstandshilfebezieher in Wien
Nr. 4947/J

Wien zeichnet sich im Vergleich mit anderen europäischen Städten durch ein hohes Maß an Beschäftigung und eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit aus.

Die vereinfachende Reduzierung der Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit auf zwei Ursachen, wie sie die Einleitung zur parlamentarischen Anfrage darstellt, übersieht nicht nur die vielschichtige Interaktion einer Vielzahl von Bestimmungsfaktoren der regionalen Arbeitslosigkeit, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Einfluß der beteiligten wirtschaftspolitischen Akteure.

Wien als einzige Millionenstadt Österreichs, daher mit keiner anderen Österreichischen Stadt vergleichbar, ist besonders sensibel für neue Entwicklungstendenzen, Änderungen der Arbeitsorganisation, die zuerst auf den Arbeitsmärkten der Zentren greifen. Nicht zuletzt daraus läßt sich erklären, warum sich die Wiener Arbeitsmarktsituation so deutlich von jener in den anderen Regionen unterscheidet.

Der Wiener Wirtschaftsraum ist dicht mit dem überregionalen Umfeld vernetzt. Vor allem im Süden Wiens existiert eine dichte Zone wirtschaftlicher Verflechtung. Der Ballungsraum Wien als Zentrum der Ostregion besitzt nach wie vor eine herausragende Stellung als über -

regionaler Arbeitsmarkt, der Berufstätige aus anderen Regionen Österreichs, aber auch aus dem Ausland anzieht. Insbesondere der marktorientierte, aber auch der öffentliche Dienst - leistungssektor besitzt weite Ausstrahlungskraft.

Dabei verteilen sich die Lasten und Gewinne recht unterschiedlich auf die Bundesländer Wien und Niederösterreich, aber auch die Gemeinden im Stadtsraum. Während eine Gemeinde sich als Standort für Einzelhandelsunternehmen profiliert, haben die benachbarten Gemeinden das erhöhte Verkehrsaufkommen zu ertragen. Während ein Bundesland von der Zuwanderung von städtischen Mittel - und Oberschichten profitiert, hat das andere Bundesland zunehmend die Lasten der Arbeitslosigkeit, teilweise auch der sozialen Sicherung zu übernehmen.

Ausgehend von einer Analyse der Beschäftigungssituation in Wien lassen sich zusammenfassend wesentliche Problemlagen Wiens folgendermaßen beschreiben:

- Überdurchschnittliche Einbuße an Arbeitsplätzen in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe aufgrund der historisch geprägten wirtschaftlichen Ausrichtung der Wiener Unternehmen auf den wenig dynamischen Inlandsmarkt.
- Abwanderung von Industrie und Gewerbebetrieben in das nähere oder weitere Umland infolge unterschiedlicher Faktoren- und Ressourcenpreise (Grundstücks - und Gebäudekosten, Löhne) sowie unterschiedlicher Förderkulissen (insbesondere in Hinblick auf Betriebsansiedlungen).
- Mangelnde Innovationskraft der Wiener Wirtschaft aufgrund ungenügender Markttransparenz und damit erhöhter Kosten für Information in Hinblick auf den Faktormärkten (Kapital, Arbeit, technologisches Wissen).
- Verschärfte Angebotskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die durch die hohe Zahl an Einpendlern (der Pendlersaldo für Wien beträgt derzeit rund 130.000) noch zusätzlich erhöht wird.
- Zurückhaltende Personaleinstellungspolitik im öffentlichen Dienst, bei Banken und Versicherungen, in den Zentralen großer Unternehmen.

Vor dem skizzierten regionalwirtschaftlichen Hintergrund, v.a. den Herausforderungen des Strukturwandels der Wiener Wirtschaft, sind Beschäftigungs - und Arbeitsmarktentwicklung (schrumpfende Beschäftigung im Produktionsbereich, stark gestiegene Arbeitskräfteangebotskonkurrenz bei insgesamt schwachem Wachstum des Dienstleistungsbereiches zu beurteilen, eine Entwicklung, die vor allem in ungünstigen Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser ihren Ausdruck findet.

Beim Neuabschluß eines Beschäftigungsverhältnisses stehen in Wien die Chancen eins zu fünf, daß eine arbeitslose Person den Arbeitsplatz erhält. Nicht zuletzt der Anstieg der Altersarbeitslosigkeit führt dazu, daß in Wien das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit deutlicher ausgeprägt ist als in anderen Bundesländern. Diese problematische Situation ist - wie erwähnt - Ausdruck der oben skizzierten sozioökonomischen Faktoren (einschließlich demographischer Komponenten).

Im Kontrast zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien ist bereits seit dem 2. Halbjahr 1997 eine sehr günstige Entwicklung der offenen Stellen zu konstatieren, was unter anderem auf die erfolgreichen Akquisitionsanstrengungen des Arbeitsmarktservice zurückzuführen ist. Im Oktober 1998 lag diese Zahl mit rund 4.229 um 24,5% über dem Vorjahresniveau.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Situation des Wiener Arbeitsmarktes, der zu beobachtenden Konzentrationen - und Strukturierungseffekte der Arbeitslosigkeit, der Substitution jener teureren, v.a. männlichen Arbeitskräfte mittleren Alters durch billigere und gleichzeitig oft besser qualifizierte Arbeitskräfte, Qualifikation verstanden im weitesten Sinn, ist zu sehen, was zur (Re-)Integration von arbeitslosen, langzeitarbeitslosen Personen in den Arbeitsmarkt alles getan wird.

Das Arbeitsmarktservice Wien hat 1997 mehr als 52.000 Förderfälle abgewickelt. Speziell zur Förderung der Beschäftigung von längerfristig erwerbslosen und am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen wurden rund 1.400 Eingliederungsbeihilfen gewährt und fast 400 zusätzliche Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und sozialökonomischen Betrieben gefördert.

Mit diesen Anstrengungen geben sich Bundesregierung und Gemeinde Wien allerdings nicht zufrieden. Daher haben die Organisationen und Einrichtungen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft und für ein hohes Maß an Beschäftigung Verantwortung tragen, auf Basis des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung einen territorialen Beschäftigungspakt beschlossen, der, von allen relevanten Politikbereichen akzeptiert, beschäftigungswirksame (Modell-)Aktionen bündelt und aufeinander abstimmt und damit entscheidende Impulse für neue Beschäftigung und gegen Arbeitslosigkeit liefert.

1999 werden im Rahmen dieses Paktes zusätzliche Maßnahmen für mehr als 8.500 - überwiegend langzeitarbeitslose und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Personen,

mindestens die Hälfte davon Frauen, realisiert. Allein durch die Einrichtung sozialökonomischer Betriebe sollen zusätzliche Beschäftigungschancen für ca. 500 benachteiligte Arbeitslose geschaffen werden.

Dem Arbeitsmarktservice die Verantwortung für die Anzahl der Notstandshilfebezieher zu zuweisen stellt demgegenüber keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Problems dar.

Antwort zu Frage 1:

Eine einigermaßen sinnvolle Bezugsgröße zum Anteil der Notstandshilfebezieher stellt sich nicht die gesamte Wohnbevölkerung dar, sondern allenfalls die Zahl der (unselbständigen) Erwerbspersonen (Arbeitskräftepotential). Während 1997 der Anteil der Wohnbevölkerung Wiens an der Wohnbevölkerung Österreichs 19,7 % betrug, lag der Anteil des Wiener Arbeitskräftepotentials am gesamtösterreichischen Arbeitskräftepotential bei 25,3 %. Der Anteil der Notstandshilfebezieher Wiens am Arbeitskräftepotential Wiens betrug 1997 4,2 %, der gesamtösterreichische Anteil der Notstandshilfebezieher am Arbeitskräftepotential Österreichs lag bei 2,7.

Die Befunde zeigen zudem, daß die Langzeitarbeitslosen in Wien keineswegs nur "Randgruppen" zuzurechnen sind. Es sind vielmehr Personen aus einem breiten sozialen Spektrum, die sich mit den Folgen des verlangsamten städtischen Wirtschaftswachstums konfrontiert sehen. Auch liegt der Anteil der älteren Personen am Arbeitskräftepotential in Wien sowohl bei den unselbständig Beschäftigten als auch bei den vorgemerkt Arbeitslosen über dem österreichischen Durchschnitt (Wien 28%; Österreich 22%). Nicht zuletzt dieser Umstand bewirkt angesichts der konkreten Personalpolitik der Unternehmen einen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit.

Antwort zu Frage 2:

Die Wiener Wirtschaftspolitik kann schon deshalb nicht die Ursache für die Anzahl der NotstandshilfebezieherInnen sein, weil sie meines Erachtens nicht schlecht ist. Die Politik der Stadt Wien zielt auf eine möglichst hohe Beschäftigung ab, auf die Erhaltung ausgewogener Arbeitsmarktstrukturen, auf Betriebsansiedlung und den Erhalt bestehender Betriebe. Mit dem Ziel, eine balancierte ökonomische und soziale Entwicklung anzustreben, hat Wien sich in vielen Bereichen im vergangenen Jahrzehnt international gut positioniert.

Die realen Ursachen für die erhöhte Arbeitslosigkeit in Wien habe ich in der Einleitung und in der Antwort zu Frage 1 dargestellt.

Antwort zu Frage 3:

Nein. Das Arbeitsmarktservice ist österreichweit an die gleichen Gesetze gebunden. Wie in den übrigen Bundesländern überprüfen die MitarbeiterInnen des Arbeitsmarktsevice - entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen - die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt und weisen dementsprechend Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nur an Personen an, die tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Antwort zu den Fragen 4 und 5:

Die Beantwortung dieser Fragen erübriggt sich durch die Beantwortung der Frage 3.